Kassel documenta Stadt
Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Geschäftsstelle:
Hauptamt
Büro der
Stadtverordnetenversammlung
Annika Kuhlmann
annika.kuhlmann@kassel.de
Telefon 0561 787 1224
Fax 0561 787 2182

Rathaus
Obere Königsstraße 8
34117 Kassel
W 222 a

Behördennummer 115
Rechtshinweise
zur elektronischen
Kommunikation
im Impressum unter
www.kassel.de

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel

Kassel documenta Stadt

29. Januar 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur **34.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung lade ich ein für

Mittwoch, 5. Februar 2020, 17:00 Uhr,
Lesezimmer, Rathaus, Kassel.

Tagesordnung:

1. **Schwerpunkte der Schulentwicklungsplanung**
   Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 11. Juli 2016
   Bericht des Magistrats
   -101.18.92-

2. **Kommunale Strategie zur Umsetzung des Gesundheitsberichtes zur Kindergesundheit**
   Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23. September 2019
   Bericht des Magistrats
   -101.18.1410-

3. **Familiennetzwerke**
   Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 9. Dezember 2019
   Bericht des Magistrats
   -101.18.1465-

Schrift: Kassel 10 pt, Zeilenabstand: 14 pt, Dateiformat: pdf

4. Möglichkeiten des Schulportals
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden
- 101.18.1537 -

5. Auswertung Einsatz von „Unterrichtsbegleitender Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte“ an Kasseler Schulen
Antrag der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden
- 101.18.1540 -

6. Lehrschwimmbecken Hupfeldschule
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Jutta Schwalm
- 101.18.1541 -

7. Lehrschwimmbecken Wilhelmsgymnasium
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Jutta Schwalm
- 101.18.1542 -

8. Sachstand Umbau Mensa Pestalozzi-Schule
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden
- 101.18.1543 -

9. Zahnärzte in Schulen
Anfrage der CDU-Fraktion
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Jutta Schwalm
- 101.18.1544 -

10. Gute-Kita-Gesetz
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
- 101.18.1545 -

11. Jugendberufsagentur
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Anke Bergmann
- 101.18.1546 -

12. Konzepte zur "Digitalen Bildung"
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst
Berichterstatter/in: Stadtverordnete Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
- 101.18.1554 -

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Niederschrift
über die 34. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung
am **Mittwoch, 5. Februar 2020, 17:00 Uhr**
im Lesezimmer, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder
Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, Vorsitzende, B90/Grüne
Dr. Michael von Rüden, 1. stellvertretender Vorsitzender, CDU
Anke Bergmann, 2. stellvertretende Vorsitzende, SPD
Dr. Rainer Hanemann, Mitglied, SPD
Hermann Hartig, Mitglied, SPD
Sabine Wurst, Mitglied, SPD (Vertretung für Dr. Cornelia Janusch)
Marcus Leitschuh, Mitglied, CDU
Jutta Schwalm, Mitglied, CDU
Boris Mijatovic, Mitglied, B90/Grüne
Michael Dietrich, Mitglied, AfD
Richard Klock, Mitglied, AfD
Thorsten Burmeister, Mitglied, FDP

Teilnehmer mit beratender Stimme
Ehri Haas, Vertreterin des Seniorenbeirates

Magistrat
Ulrike Gote, Stadträtin, B90/Grüne

Schriftführung
Annika Kuhlmann, Hauptamt - Büro der Stadtverordnetenversammlung

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen
Judith Osterbrink, Jugendamt
Gabriele Steinbach, Amt für Schule und Bildung
Annette Knieling, Staatliches Schulamt

Tagesordnung:

1.	**Schwerpunkte der Schulentwicklungsplanung**	101.18.92
2.	**Kommunale Strategie zur Umsetzung des Gesundheitsberichtes zur Kindergesundheit**	101.18.1410
3.	**Familiennetzwerke**	101.18.1465
4.	**Möglichkeiten des Schulportals**	101.18.1537
5.	**Auswertung Einsatz von „Unterrichtsbegleitender Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte“ an Kasseler Schulen**	101.18.1540
6.	**Lehrschwimmbecken Hupfeldschule**	101.18.1541
7.	**Lehrschwimmbecken Wilhelmsgymnasium**	101.18.1542
8.	**Sachstand Umbau Mensa Pestalozzi-Schule**	101.18.1543
9.	**Zahnärzte in Schulen**	101.18.1544
10.	**Gute-Kita-Gesetz**	101.18.1545
11.	**Jugendberufsagentur**	101.18.1546
12.	**Konzepte zur "Digitalen Bildung"**	101.18.1554

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann eröffnet die mit der Einladung vom 29. Januar 2020 ordnungsgemäß einberufene 34. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Die Anfrage unter Tagesordnungspunkt 4 betr. Möglichkeiten des Schulportals wird heute abgesetzt, da der Vertreter der Verwaltung, der für die Beantwortung dieser Anfrage vorgesehen ist an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen kann. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

1. Schwerpunkte der Schulentwicklungsplanung
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 11. Juli 2016
Bericht des Magistrats
-101.18.92-

Beschluss

Der Magistrat wird aufgefordert, künftig im Halbjahresrhythmus im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung über die Schwerpunkte der Schulentwicklungsplanung zu berichten.

Stadträtin Gote führt in die Thematik ein und verweist zum Thema Schulbausanierung auf die gemeinsame Sitzung der Ausschüsse für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen und Schule, Jugend und Bildung am 19. Februar 2020. Danach übergibt sie das Wort an Frau Steinbach, Amt für Schule und Bildung, die über die Entwicklung im Pakt für den Nachmittag und den Auslauf der Modellregion Inklusive Bildung informiert. Dazu teilt sie mit, dass eine Veranstaltung zu dem Thema am 23. Juni 2020, um 17 Uhr im Bürgersaal des Rathauses stattfindet.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

2. Kommunale Strategie zur Umsetzung des Gesundheitsberichtes zur Kindergesundheit
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23. September 2019
Bericht des Magistrats
-101.18.1410-

Beschluss

Der Magistrat wird gebeten, aus den Schlussfolgerungen des Basisgesundheitsberichtes zur Kindergesundheit in der Stadt Kassel eine kommunale Strategie zur Umsetzung zu erarbeiten.

Dabei bitten wir – mit Bezugnahme auf die im Bericht angesprochenen Empfehlungen - folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Welche Förderschwerpunkte (bezogen auf die im Bericht dargestellten Förderschwerpunkte 1 – 11, S.98ff.) werden in welchen Stadtteilen umgesetzt?
- Welche Akteure werden angesprochen und einbezogen?
- Welche sozialpolitischen Konsequenzen, ebenfalls differenziert nach den jeweiligen Stadtteilen, ergeben sich für die Umsetzung?

Stadträtin Gote berichtet, welche Förderschwerpunkte aus dem Gesundheitsbericht wo und wie umgesetzt werden. Weiterhin informiert sie über eine einberufene Arbeitsgruppe zu den Themen:
• Sprachentwicklung
• Körpergewicht
• Sehen und Hören
• Zahngesundheit
und deren Aufgaben.

Die schriftliche Beantwortung des Berichts wird der Niederschrift zugesagt.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3. Familiennetzwerke
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 9. Dezember 2019
Bericht des Magistrats
-101.18.1465-

Beschluss

Wir bitten den Magistrat, über den Ausbau der Familiennetzwerke in den Stadtteilen Wesertor/Unterneustadt und Süsterfeld/Helleböhn zu berichten.

Stadträtin Gote berichtet über die in Oktober 2019 aufgenommene Arbeit der neuen Mitarbeiterin für die Familiennetzwerke, beschlossene Haushaltsmittel und Vernetzungen und Kooperationen. Weiterhin informiert sie über eine Auftaktveranstaltung am 24. März 2020.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

4. Möglichkeiten des Schulportals
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.1537 -

Abgesetzt

5. Auswertung Einsatz von „Unterrichtsbegleitender Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte“ an Kasseler Schulen
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.18.1540 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, vor den Sommerferien 2020 über die ersten Erfahrungen mit UBUS-Kräften (Unterrichtsbegleitende Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte) an Kasseler Schulen zu berichten. Die vom Land Hessen bezahlten UBUS-Kräfte ergänzen die städtische Schulsozialarbeit als Teil der Jugendhilfe und sind als Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer gedacht. Deshalb soll auch über die Abgrenzung zur Schulsozialarbeit berichtet werden.

Stadtverordneter Leitschuh begründet den Antrag seiner Fraktion.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
abwesend: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der CDU-Fraktion betr. Auswertung Einsatz von „Unterrichtsbegleitender Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte“ an Kasseler Schulen, 101.18.1540, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Bergmann

6. Lehrschwimmbecken Hupfeldschule
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.1541 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

Wie ist der Sachstand bezüglich der Instandsetzung des Lehrschwimmbeckens an der Hupfeldschule?

Stadträtin Gote beantwortet die Anfrage und die Nachfragen der Ausschussmitglieder. Die schriftliche Beantwortung der Anfrage wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Nach Beantwortung durch Stadträtin Gote erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

7. Lehrschwimmbecken Wilhelmsgymnasium
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.1542 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

Wie ist der Sachstand bezüglich der Instandsetzung des Lehrschwimmbeckens am Wilhelmsgymnasium?

Stadträtin Gote beantwortet die Anfrage und die sich anschließenden Nachfragen der Ausschussmitglieder. Die schriftliche Beantwortung der Anfrage wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Nach Beantwortung durch Stadträtin Gote erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

8. Sachstand Umbau Mensa Pestalozzi-Schule
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.1543 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie ist der Stand des aktuellen Umbaus der Mensa in der Pestalozzi-Schule?

2. Wie erfolgen die Essensausgabe und die Sicherstellung des Ganztagsangebotes während der Bauphase?

3. Welche Unterstützungsmaßnahmen bietet die Stadt in dieser Phase?

4. Welche konkreten Schritte unternimmt die Stadt bei der Zusammenlegung von Osterholz- und Pestalozzi-Schule hinsichtlich Größe und Ausstattung des Standorts?

5. Wird der Schulträger im Rahmen eines Umzugsmanagements den Umzug begleiten, organisieren und abwickeln?

6. Wenn ja, in welcher Form soll das geschehen?

Stadtverordneter Dr. von Rüden begründet die Anfrage seiner Fraktion. Stadträtin Gote und Frau Steinbach, Amt für Schule und Bildung beantworten die Anfrage und die sich anschließenden Nachfragen der Ausschussmitglieder. Die schriftliche Beantwortung wird zur Niederschrift zugesagt.

Nach Beantwortung durch Stadträtin Gote und Frau Steinbach, Amt für Schule und Bildung, erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

9. Zahnärzte in Schulen
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.1544 -

Anfrage

In den Grundschulen werden die Schüler regelmäßig vom Schulzahnarzt untersucht. Auf Wunsch der Eltern wird ein Kariesschutz aufgetragen.

Wir fragen den Magistrat:

1. Wird dieses Angebot in den verschiedenen Stadtbezirken unterschiedlich wahrgenommen?

2. Ist der Wunsch nach Kariesschutz rückläufig?

3. Gibt es Erkenntnisse, dass durch den regelmäßigen Kariesschutz die Zähne der Schüler gesünder bleiben?

Stadträtin Gote beantwortet die Anfrage und die sich anschließenden Nachfragen der Ausschussmitglieder. Die schriftliche Beantwortung wird zur Niederschrift zugesagt.

Nach Beantwortung durch Stadträtin Gote erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

Für die Behandlung von Tagesordnungspunkt 10, gibt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Sitzungsleitung an den 1. stellvertretenden Vorsitzenden Dr. von Rüden ab.

10. Gute-Kita-Gesetz
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst
- 101.18.1545 -

Gemeinsamer Antrag

Wir bitten den Magistrat, die Planung der Stadt Kassel für die Umsetzung des „Gute-Kita-Gesetzes“ darzustellen und bei der Beantwortung folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Mit welcher Summe kann die Stadt Kassel rechnen?
- Wie werden die zur Verfügung stehenden Mittel konkret eingesetzt?
- Welche Kriterien sind bei der Abstimmung des Landes mit den Sozialverbänden zur Verteilung festgelegt worden?
- Welche Strategien zur Fachkräftegewinnung – dieser Schwerpunkt ist lt. des hessischen Sozialministeriums gesetzt – wird die Stadt Kassel realisieren?
- Welche der vorgeschlagenen Handlungsfelder zur Qualitätssicherung wird die Stadt Kassel realisieren?

Stadtverordnete Dr. van den Hövel-Hanemann begründet den gemeinsamen Antrag.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
abwesend: Kasseler Linke

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Ernst betr. Gute-Kita-Gesetz, 101.18.1545, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. von Rüden

11. Jugendberufsagentur
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst
- 101.18.1546 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten - mit Bezugnahme auf die vorhandenen Angebote zur Berufsorientierung für unter 25-jährige – ein Konzept zu erarbeiten für eine rechtskreisübergreifende Kooperation zur beruflichen Orientierung, Bildungsberatung, Vermittlung und Förderung. Ziel ist es, bestehende Angebote zu koordinieren und Beratung, Berufsorientierung, Vermittlung und Förderung möglichst aus einer Hand zu ermöglichen.

Die Ergebnisse sind im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung vorzustellen.

Stadtverordnete Bergmann begründet den gemeinsamen Antrag. Stadträtin Gote beantwortet die Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
abwesend: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Ernst betr. Jugendberufsagentur, 101.18.1546, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Mijatovic

Für die Behandlung von Tagesordnungspunkt 12, gibt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Sitzungsleitung an den 1. stellvertretenden Vorsitzenden Dr. von Rüden ab.

12. Konzepte zur "Digitalen Bildung"
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst
- 101.18.1554 -

Gemeinsamer Antrag

Wir bitten den Magistrat, eine Zusammenfassung der von den Schulen erarbeiteten **Konzepte zur „Digitalen Bildung“** vorzustellen und bei der Darstellung auf folgende Aspekte einzugehen:

- Welche Schwerpunkte werden in den einzelnen Schulformen gesetzt?
- Welche **Maßnahmen** sind in den jeweiligen Konzepten für die **Umsetzung der pädagogischen Unterstützung** eingeplant? Welche Summe, bezogen auf das Gesamtvolumen, ist dafür eingeplant?
- Welche **Maßnahmen** sind in den jeweiligen Konzepten für die **technische Umsetzung** eingeplant? Welche Summe, bezogen auf das Gesamtvolumen, ist dafür eingeplant?
- Auf welche Unterstützung bzw. Infrastruktur können die Schulen zurückgreifen? In welchem Umfang ist das Medienzentrum einbezogen?

Stadtverordnete Dr. van den Hövel-Hanemann begründet den gemeinsamen Antrag. Stadträtin Gote beantwortet die Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
abwesend: Kasseler Linke

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Ernst betr. Konzepte zur "Digitalen Bildung", 101.18.1554, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Klock

Ende der Sitzung: 18:35 Uhr

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Annika Kuhlmann
Schriftführerin

Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung

11. Juli 2016

Schwerpunkte der Schulentwicklungsplanung
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.18.92 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

> Der Magistrat wird aufgefordert, künftig im Halbjahresrhythmus im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung über die Schwerpunkte der Schulentwicklungsplanung zu berichten.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Antrag der CDU-Fraktion betr. Schwerpunkte der Schulentwicklungsplanung, 101.18.92, wird **zugestimmt.**

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Eglin
Schriftführerin

Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung

23. September 2019

Kommunale Strategie zur Umsetzung des Gesundheitsberichtes zur Kindergesundheit
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst
- 101.18.1410 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, aus den Schlussfolgerungen des Basisgesundheitsberichtes zur Kindergesundheit in der Stadt Kassel eine kommunale Strategie zur Umsetzung zu erarbeiten.

Dabei bitten wir – mit Bezugnahme auf die im Bericht angesprochenen Empfehlungen - folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Welche Förderschwerpunkte (bezogen auf die im Bericht dargestellten Förderschwerpunkte 1 – 11, S.98ff.) werden in welchen Stadtteilen umgesetzt?
- Welche Akteure werden angesprochen und einbezogen?
- Welche sozialpolitischen Konsequenzen, ebenfalls differenziert nach den jeweiligen Stadtteilen, ergeben sich für die Umsetzung?

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Ernst betr. Kommunale Strategie zur Umsetzung des Gesundheitsberichtes zur Kindergesundheit, 101.18.1410, wird **zugestimmt.**

Volker Zeidler
Stadtverordnetenvorsteher

Nicole Eglin
Schriftführerin

-V-

Kassel, 27.02.2020
Tel. 12 89

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Volker Zeidler

im Hause

Kommunale Strategie zur Umsetzung des Gesundheitsberichts zur Kindergesundheit
Gemeinsamer Antrag SPD, Bündnis 90/Die Grünen und des Stadtverordneten Andreas Ernst
-101.18.410-

Der Auftrag zur Entwicklung einer kommunalen Strategie zur Umsetzung der im Kindergesundheitsbericht formulierten Handlungsempfehlungen fügt sich nahtlos in die langjährigen Bemühungen der Stadtverwaltung (insb. Jugendamt, Amt für Schule und Bildung und Gesundheitsamt) ein, Kindern und Jugendlichen ein gesundes Aufwachsen in Kassel zu ermöglichen. Das Angebot Willkommen von Anfang an, das Netzwerk Frühe Hilfen, die Sprachförderkette, die Kinder- und Jugendförderung und die Förderung der Gesundheit von Alleinerziehenden und deren Kinder sind Beispiele für dieses Engagement.

Eine integrierte Strategie zur Umsetzung zentraler Empfehlungen des Kindergesundheitsberichts unterstützt auch das Gesundheitsziel im Dezernat -V-, Kassel als „Gesunde Stadt" in Politik und Stadtgesellschaft zu verankern, gesundheitsförderliche Lebensverhältnisse weiterzuentwickeln und eine gesundheitsbewusste Lebensführung zu unterstützen. Der Fokus liegt auf der Minimierung der sozial bedingten Ungleichheit von Gesundheits-, Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern, Jugendlichen und deren Familien. Die langjährigen und sehr guten Erfahrungen im Dezernat -V-, integriert und ämterübergreifend zu arbeiten, schaffen eine wichtige Voraussetzung und gute Grundlage für die Entwicklung einer integrierten Handlungsstrategie zur Umsetzung ausgewählter Empfehlungen des Kindergesundheitsberichts.

Nicht alle elf Empfehlungen sind für die Formulierung einer kommunalen Strategie gleichermaßen bedeutsam. So ist beispielsweise die Empfehlung einer kommunalen Impfstrategie zur Verbesserung der Masern-Impfquote (Empf. 3) durch das „Masernschutzgesetz" obsolet.

Tabelle 1 zeigt eine Priorisierung der Empfehlungen. Im Kontext von sozialer Lage haben die Förderung der Sprachentwicklung (Empf. 9 und 10), die Kariesprävention (Empf. 11), die gesunde Ernährung im Kindesalter (Empf. 5) sowie die Erhöhung der Kitabesuchsdauer (Empf. 8) eine hohe Priorität, weil sie einen starken sozialen Gradienten aufweisen und demzufolge vordringlich Kinder aus unteren Soziallagen adressieren.

Dem Kasseler Index für Kindergesundheit (KIKiG) zufolge sind Kinder im Kasseler Norden (Nord Holland, Rothenditmold, Wesertor, Philippinenhof / Warteberg), im Kasseler Osten sowie in Fasanenhof und Oberzwehren im innerstädtischen Vergleich sehr viel häufiger sprachauffällig, übergewichtig und haben seltener naturgesunde Zähne als gleichaltrige Einschulungskinder in anderen Stadtteilen. Es empfiehlt sich, die kommunale Strategie vornehmlich auf diese Stadtteile auszurichten, ohne einer Stigmatisierung von mehrfachbelasteten Quartieren damit Vorschub zu leisten.

Das Kindersprachscreening (KiSS) ist ein geeignetes und validiertes Instrument, um im Kleinkinderalter Sprachentwicklungsverzögerungen frühzeitig zu erfassen und geeignete Fördermaßnahmen anzustoßen. Seine routinemäßige Durchführung bei allen Kindern in Kasseler Kindertageseinrichtungen und insbesondere in Kitas in mehrfachbelasteten Quartieren empfiehlt sich als Teil der Sprachförderkette in die geplante kommunale Strategie zu integrieren. Auf der Grundlage einer genaueren Untersuchung des aktuellen Stands der Umsetzung von KiSS (Empf. 9) können praxistaugliche Handlungsempfehlungen zu seiner Stärkung formuliert werden (Empf. 10).

Tab. 1: Priorisierung der Umsetzung der Empfehlungen im Kindergesundheitsbericht

Nr.	Priorität	Thema	Empfehlung
9	+++	Sprachentwicklung	Untersuchung Umsetzung Kindersprachscreening in Kitas in Kassel
10	+++	Sprachentwicklung	Handlungsempfehlungen zur Stärkung des Kindersprachscreenings
11	+++	Kariesprävention	Änderung Betreuungsvertrag / Einverständniserklärung streichen
5	++	Übergewicht, Adipositas	Prüfung Qualitätssiegel Tagesmütter, Krippen, Kitas, Schulen
8	++	Kitabesuch	Untersuchung Ursachen für Anstieg der Kinder ohne Kitaerfahrung
7	+	Seh- und Hörvermögen	Machbarkeit regelmäßige Seh- und Hörtests in höheren Klassen
2	+	U-Untersuchungen	Fallstudien zu Gründe der Nichtteilnahme
4	+	Übergewicht, Adipositas	Kleinräumige Analysen auf Quartiersebene
6	+	Extremes Untergewicht	Fallstudien
1	-	Frühförderung	Vergleichende Analyse Stadt und Landkreis
3	-	MMR-Impfquote	Kommunale Impfstrategie

Im Rahmen der zahnmedizinischen Gruppenprophylaxe zur Kariesprävention in Kitas beobachtet der zahnmedizinischen Dienst von -53-, dass für Kinder mit augenscheinlich behandlungsbedürftigen Zähnen häufiger keine Einverständniserklärung der Eltern für die Teilnahme an der zahnmedizinischen Untersuchung und Prophylaxe vorliegt. Vor diesem Hintergrund empfiehlt sich als strategischer Ansatz auf eine gesonderte Einverständniserklärung, die zusätzlich zum Betreuungsvertrag von den Eltern zu unterschreiben ist, zu verzichten, um allen Kindern den gleichen Zugang zur zahnmedizinischen Gruppenprophylaxe zu ermöglichen (Empf. 11). Da in den oben genannten Stadtteilen der Anteil von Kindern mit naturgesunden Zähnen am geringsten ist, würde der präventive Effekt dieser Maßnahme in solchen Stadtteilen am größten sein.

Ein wesentlicher Bestandteil einer kommunalen Strategie ist zudem die Bekämpfung von Übergewicht und Adipositas im Kindesalter. Zwar sind die Zahlen in den letzten Jahren insgesamt in

Kassel leicht rückläufig, dennoch sind Kinder aus mehrfachbelasteten Quartieren deutlich häufiger betroffen als Kinder aus Wohngebieten in besseren Lagen. Die gesunde Ernährung und die Lust an gesundem Essen ist für die Entwicklung eines gesunden Ernährungsstils im Kindesalter sehr wichtig. Deshalb empfiehlt sich im Rahmen einer kommunalen Strategie zu prüfen, ob die Ernährung in Kasseler Kitas den Qualitätsstandards einer gesunden Ernährung entspricht und ob ein Qualitätssiegel (z.B. FIT KID der Deutschen Gesellschaft für Ernährung) einen zusätzlichen Anreiz schaffen könnte, gesundes Essen in Kitas anzubieten. Auch beim Übergewicht sind Einschulungskinder aus den Stadtteilen des Kasseler Nordens und teilweise des Kasseler Osten deutlich häufiger betroffen als Kinder in anderen Stadtteilen.

Im Januar 2020 wurde im Dezernat V eine Projektgruppe „Kommunale Strategie Kindergesundheit" mit dem Ziel eingerichtet, für die Bereiche „Sprachentwicklung", „Körpergewicht", „Sehen und Hören" und „Zahngesundheit" eine bedarfsgerechte Ziel- und Maßnahmenplanung einschließlich eines Kosten- und Zeitplans zu erarbeiten. Die Umsetzung der kommunalen Strategie soll zu einer nachweislichen Verbesserung der Kindergesundheit insbesondere in sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen Kassels führen.

Die Projektgruppe setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern von -40-, -53-, -59- und -VF- zusammen. Themenbezogen können weitere Expertinnen und Experten der Stadtverwaltung als Gäste hinzugezogen werden. Die Projektgruppe wird von Frau Dr. Martina Metz und Frau Regine Bresler (Stellvertretung) geleitet.

Ulrike Gote
Stadträtin

Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung

9. Dezember 2019

Familiennetzwerke
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst
- 101.18.1465 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Wir-bitten den Magistrat, über den Ausbau der Familiennetzwerke in den Stadtteilen Wesertor/Unterneustadt und Süsterfeld/Helleböhn zu berichten.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Ernst betr. Familiennetzwerke, 101.18.1465, wird **zugestimmt.**

Volker Zeidler
Stadtverordnetenvorsteher

Nicole Eglin
Schriftführerin

CDU Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1266
Telefax 0561 787 7130
info@cdu-fraktion-kassel.de
www.CDU-Fraktion-Kassel.de

Vorlage Nr. 101.18.1537

25. November 2019

Möglichkeiten des Schulportals

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

Welche Möglichkeiten bietet das sog. „Schulportal“ für den Einsatz in den Kasseler Schulen?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden

gez. Dr. Michael von Rüden
Fraktionsvorsitzender CDU

CDU Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1266
Telefax 0561 787 7130
info@cdu-fraktion-kassel.de
www.CDU-Fraktion-Kassel.de

Vorlage Nr. 101.18.1540

26. November 2019

Auswertung Einsatz von „Unterrichtsbegleitender Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte“ an Kasseler Schulen

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, vor den Sommerferien 2020 über die ersten Erfahrungen mit UBUS-Kräften (Unterrichtsbegleitende Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte) an Kasseler Schulen zu berichten. Die vom Land Hessen bezahlten UBUS-Kräfte ergänzen die städtische Schulsozialarbeit als Teil der Jugendhilfe und sind als Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer gedacht. Deshalb soll auch über die Abgrenzung zur Schulsozialarbeit berichtet werden.

Begründung:

Das Land Hessen hat ab 2018 insgesamt 700 Stellen zur sozialpädagogischen Unterstützung an Hessens Schulen zur Verfügung gestellt. Wie die Stadt Kassel in ihrem Rahmenkonzept „Kommunale Schulsozialarbeit an weiterführenden Schulen in der Stadt Kassel“ im Mai 2019 beschreibt, „schafft das neue Gegebenheiten“, bei der „vor allem Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten gut miteinander geklärt werden müssen“.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden

gez. Dr. Michael von Rüden
Fraktionsvorsitzender CDU

CDU Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1266
Telefax 0561 787 7130
info@cdu-fraktion-kassel.de
www.CDU-Fraktion-Kassel.de

Vorlage Nr. 101.18.1541

20. November 2019

Lehrschwimmbecken Hupfeldschule

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

Wie ist der Sachstand bezüglich der Instandsetzung des Lehrschwimmbeckens an der Hupfeldschule?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Jutta Schwalm

gez. Dr. Michael von Rüden
Fraktionsvorsitzender CDU

- V -

Kassel, 04. Februar 2020
Tel. 12 89

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Volker Zeidler

im Hause

Anfrage der CDU-Fraktionen vom 20. November 2019 zur direkten Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung, **Vorlage Nr. 101.18.1541**

Lehrschwimmbecken Hupfeldschule

Wie ist der Sachstand bezüglich der Instandsetzung des Lehrschwimmbeckens an der Hupfeldschule?

„Insgesamt sind in Kassel vier Schulstandorte mit Lehrschwimmbecken ausgestattet (Hupfeldschule, Alexander-Schmorell-Schule, Wilhelmsgymnasium, Johann-Amos-Comenius-Schule). Bei allen vier Lehrschwimmbecken besteht mittelfristig ein deutlicher Sanierungsbedarf.

Derzeit werden unter Beiziehung externer Expertise für die konzeptionelle Grundsatzfrage, ob und inwieweit die Schaffung eines Lehrschwimmzentrums mit mehreren Lehrschwimmbecken, dass die bisherigen „Einzelstandorte" ablösen kann, Entscheidungsgrundlagen erarbeitet. Hierbei sind viele Aspekte und Interessenlagen einzubeziehen (z.B.: Erreichbarkeit, Standort, Investitionskosten, Unterhaltungskosten). Erste Ergebnisse werden zum Ende des ersten Quartals 2020 erwartet.

Bei dieser Überlegung ist das Therapiebad/ Lehrschwimmbecken an der Alexander-Schmorell-Schule ausgeklammert, da der dortige besondere Bedarf nur direkt am Schulstandort zwingend notwendig ist. Die Sanierung des Therapiebades/ Lehrschwimmbeckens an der Alexander-Schmorell-Schule wurde daher Ende 2019 zur Förderung aus dem „SWIM-Programm" des Landes Hessen angemeldet. Die Entscheidung des Landes Hessen steht noch aus."

Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass das Lehrschwimmbecken an der Hupfeldschule nicht wiederhergestellt wird. Die Notumkleiden, die aufgrund der mangelnden Standsicherheit der abgehängten Decke eingerichtet wurden, werden weiterhin genutzt. (siehe Vorlage 101.18.1232)

Ulrike Gote

Ulrike Gote
Stadträtin

CDU Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1266
Telefax 0561 787 7130
info@cdu-fraktion-kassel.de
www.CDU-Fraktion-Kassel.de

Vorlage Nr. 101.18.1542

20. November 2019

Lehrschwimmbecken Wilhelmsgymnasium

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

Wie ist der Sachstand bezüglich der Instandsetzung des Lehrschwimmbeckens am Wilhelmsgymnasium?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Jutta Schwalm

gez. Dr. Michael von Rüden
Fraktionsvorsitzender CDU

Kassel, 04. Februar 2020
Tel. 12 89

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Volker Zeidler

im Hause

Anfrage der CDU-Fraktionen vom 20. November 2019 zur direkten Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung, **Vorlage Nr. 101.18.1542**

Lehrschwimmbecken Wilhelmsgymnasium

1. **Wie ist der Sachstand bezüglich der Instandsetzung des Lehrschwimmbeckens am Wilhelmsgymnasium?**

„Im Zuge der Beseitigung des Brandschadens musste das Lehrschwimmbecken außer Betrieb genommen werden. Neben der baulichen Wiederherstellung mussten auch elektronische Instandsetzungsarbeiten durchgeführt und Beleuchtungsköper erneuert werden. Aufgrund der derzeitigen Marktlage haben sich zeitliche Verzögerungen bei den Lieferzeiten des Leuchtenherstellers ergeben. Nach Montage der Leuchten erfolgt die Wiederinbetriebnahme der Schwimmbadtechnik einschließlich der Wiederbefüllung des Beckens, Probenahme und Reinigung der Anlagenteile.

Nach derzeitiger Planung steht das Lehrschwimmbad am Wilhelmsgymnasium nach den Osterferien 2020 wieder zur Nutzung zur Verfügung."

Ulrike Gote

Ulrike Gote
Stadträtin

CDU Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1266
Telefax 0561 787 7130
info@cdu-fraktion-kassel.de
www.CDU-Fraktion-Kassel.de

Vorlage Nr. 101.18.1543

15. Oktober 2019

Sachstand Umbau Mensa Pestalozzi-Schule

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie ist der Stand des aktuellen Umbaus der Mensa in der Pestalozzi-Schule?

2. Wie erfolgen die Essensausgabe und die Sicherstellung des Ganztagsangebotes während der Bauphase?

3. Welche Unterstützungsmaßnahmen bietet die Stadt in dieser Phase?

4. Welche konkreten Schritte unternimmt die Stadt bei der Zusammenlegung von Osterholz- und Pestalozzi-Schule hinsichtlich Größe und Ausstattung des Standorts?

5. Wird der Schulträger im Rahmen eines Umzugsmanagements den Umzug begleiten, organisieren und abwickeln?

6. Wenn ja, in welcher Form soll das geschehen?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Dr. Michael von Rüden

gez. Dr. Michael von Rüden
Fraktionsvorsitzender CDU

Kassel, 29. Januar 2020
Tel. 12 89

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Volker Zeidler

im Hause

Anfrage der CDU-Fraktionen vom 15. Oktober 2019 zur direkten Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung, **Vorlage Nr. 101.18.1543**

Sachstand Umbau Mensa Pestalozzi-Schule

1. **Wie ist der Stand des aktuellen Umbaus der Mensa an der Pestalozzi-Schule?**
   Im Hinblick auf die Zusammenlegung der Osterholzschule und der Pestalozzischule wurde der Speiseraum mittels eines Durchbruchs erweitert. Im neuen Speiseraum sind 60 Plätze vorhanden, sodass die zu erwartende Anzahl von 120 SuS in zwei Schichten essen kann. Die Mensa ist fertiggestellt und in Betrieb.

2. **Wie erfolgen die Essensausgabe und die Sicherstellung des Ganztagsangebotes während der Bauphase?**
   Die Bauphase ist abgeschlossen. Während der Bauphase wurde die Schulbibliothek ausgelagert und als Mensa genutzt. Der Ganztag wurde durchgehend in dem Raum der Schulsozialarbeit angeboten.

3. **Welche Unterstützungsmaßnahmen bietet die Stadt in dieser Phase?**
   Das Amt für Schule und Bildung stand während der Bauphase in engem Kontakt mit dem Schulleiter Herrn Siebert. Bei auftretenden Problemen wurde gemeinsam eine Lösung gefunden.

4. **Welche konkreten Schritte unternimmt die Stadt bei der Zusammenlegung von Osterholz- und Pestalozzi-Schule hinsichtlich Größe und Ausstattung des Standortes?**
   Es gab bereits mehrere gemeinsame Begehungen mit den Schulleitungen, Hausmeistern und den beteiligten Ämtern des Schulträgers. Hierbei wurde ermittelt, welche Ausstattung die Osterholzschule mitnehmen kann und wie aktuell die Räume der Pestalozzischule genutzt werden. Derzeit wird von beiden Schulen ein Raumbelegungsplan für den Standort Pestalozzischule entwickelt. Sofern bei den laufenden Vorbereitungen für die Zusammenlegung hinsichtlich der Ausstattung oder Raumnutzung Fragen oder Probleme auftreten, wird der Schulträger lösungsorientiert tätig werden.

Am 28. Januar 2020 habe ich mich persönlich über den Stand der Vorbereitungsarbeiten für die Zusammenlegung informiert und gemeinsam mit den Schulleiter*innen, dem Hausmeister, der Leiterin und weiteren Mitarbeiterinnen des Amts für Schule und Bildung eine Begehung durchgeführt. Alle weiteren Fragen und die nächsten Schritte werden wie bisher in enger Abstimmung mit dem Schulträger bearbeitet.

5. **Wird der Schulträger im Rahmen eines Umzugsmanagements den Umzug begleiten, organisieren und abwickeln?**
   Beide Schulen müssen die Vorbereitung des Umzug selbst planen. Bei Fragen steht ihnen der Schulträger unterstützend zur Seite. Vorbereitungsarbeiten für den Umzug sind bereits in erheblichem Umfang durch die Schulleitungen und den Hausmeister mit großem Engagement erfolgt. Eine von der Stadt beauftragte Umzugsfirma wird den Umzug dann durchführen.

6. **Wenn ja, in welcher Form soll das geschehen?**
   Siehe Punkt 5

Ulrike Gote
Stadträtin

CDU Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1266
Telefax 0561 787 7130
info@cdu-fraktion-kassel.de
www.CDU-Fraktion-Kassel.de

Vorlage Nr. 101.18.1544

26. November 2019

Zahnärzte in Schulen

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

In den Grundschulen werden die Schüler regelmäßig vom Schulzahnarzt untersucht. Auf Wunsch der Eltern wird ein Kariesschutz aufgetragen.

Wir fragen den Magistrat:

1. Wird dieses Angebot in den verschiedenen Stadtbezirken unterschiedlich wahrgenommen?

2. Ist der Wunsch nach Kariesschutz rückläufig?

3. Gibt es Erkenntnisse, dass durch den regelmäßigen Kariesschutz die Zähne der Schüler gesünder bleiben?

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Jutta Schwalm

gez. Dr. Michael von Rüden
Fraktionsvorsitzender CDU

-V-

Kassel, 27.02.2020
Tel. 12 89

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Volker Zeidler

im Hause

Anfrage 101.18.1544 – CDU-Fraktion
Zahnärzte in Schulen

Frage 1: Wird dieses Angebot in den verschiedenen Stadtbezirken unterschiedlich wahrgenommen?

Ja, das Angebot wird in den einzelnen Bezirken unterschiedlich angenommen, so zeichnet sich ähnlich wie beim Impfen, ein unterschiedliches Verhalten gegenüber der Fluoridierung ab. Ausgewertet werden die Fluoridierungszahlen der einzelnen Schulen und so ist eine gute Beteiligung z.B. in der Schule Unterneustadt, der Schule am Wall, Schule am Warteberg und Schule Brückenhof -um nur einzelne zu nennen-, während ein eher restriktives Verhalten in der Grundschule Harleshausen, Herkules –und Montessorischule erkennbar ist.

Frage 2: Ist der Wunsch nach Kariesschutz rückläufig?

Insgesamt betrachtet ist der Wunsch nicht rückläufig, was unsere Zahlen belegen.

Entwicklung der Fluoridierungsmaßnahmen aller Schulen von 2012-2019:

Schuljahr 2012/2013	Schuljahr 2013/2014	Schuljahr 2014/2015	Schuljahr 2015/2016	Schuljahr 2016/2017	Schuljahr 2017/2018	Schuljahr 2018/2019
10388	12772	12975	12751	12993	13332	14675

Frage 3: Gibt es Erkenntnisse, dass durch den regelmäßigen Kariesschutz die Zähne der Schüler gesünder bleiben?

Es gibt zahlreiche wissenschaftliche evidenzbasierte Studien, die belegen, dass die kontinuierliche Fluoridanwendung eine der kariesprophylaktischsten Maßnahmen neben einer sorgfältigen Mundhygiene und zahngesunder Ernährung ist.
(Quellenverweis auf die S2k-Leitlinie Fluoridierungsmaßnahmen zur Kariesprophylaxe 2013, Prof. Dr. Andreas Schulte, Heidelberg)
Die Wirkungsweise von Fluoriden beruht unter anderem darauf, dass Fluoride die Widerstandsfähigkeit des Zahnschmelzes gegenüber Säuren erhöhen, indem sie selbst in das Kristallgefüge des Schmelzes eingelagert werden. Bei einem erneuten Säureangriff, wie dies

nach Aufnahme zuckerhaltiger Nahrungsmittel der Fall ist, können diese dann direkt freigesetzt werden, um die Demineralisation zu verringern und die Remineralisation zu fördern. Weiterhin hemmen Fluoride den Bakterienstoffwechsel, sodass insgesamt weniger Säure produziert wird, welche den Zahn schädigt.
Ein weiterer kariesprophylaktischer Aspekt liegt darin, dass Fluoride, welche über die Zahnpasta, Gele, Lacke oder Lösungen auf die Zähne aufgebracht werden, eine Art Schutzfilm bilden, sodass die Säure bereits von dieser Schicht abgepuffert und neutralisiert wird und die Kristallstruktur des Schmelzes gar nicht erst angegriffen wird.

Dass fluoridhaltiger Schmelz säureresistenter ist, wurde bereits im 19. Jahrhundert entdeckt und seitdem fortlaufend weiterentwickelt, wobei jedoch auch die Risiken einer Überfluoridierung berücksichtigt werden müssen. Grundsätzlich bestimmt die Dosis, ob ein Stoff gesundheitsfördernd –oder schädlich ist.

Ulrike Gote

Ulrike Gote
Stadträtin

FRAKTION KASSEL SPD

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Stadtverordneter Andreas Ernst

Vorlage Nr. 101.18.1545

Gute-Kita-Gesetz

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir bitten den Magistrat, die Planung der Stadt Kassel für die Umsetzung des „Gute-Kita-Gesetzes“ darzustellen und bei der Beantwortung folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Mit welcher Summe kann die Stadt Kassel rechnen?
- Wie werden die zur Verfügung stehenden Mittel konkret eingesetzt?
- Welche Kriterien sind bei der Abstimmung des Landes mit den Sozialverbänden zur Verteilung festgelegt worden?
- Welche Strategien zur Fachkräftegewinnung – dieser Schwerpunkt ist lt. des hessischen Sozialministeriums gesetzt – wird die Stadt Kassel realisieren?
- Welche der vorgeschlagenen Handlungsfelder zur Qualitätssicherung wird die Stadt Kassel realisieren?

Begründung:
Die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel zur Qualitätsverbesserung in der Kinderbetreuung stehen zur Verteilung an. Die hessische Landesregierung erhält in diesem Jahr 37,2 Millionen und im nächsten Jahr 74,9 Millionen, für 2021 und 2022 sind jeweils 150 Millionen Euro veranschlagt. Vorgesehen ist es u.a., das zusätzliche Geld vom Bund für mehr Erzieher*innen einzusetzen und die Personalausstattung in der Betreuung zu verbessern. Für Kassel bietet das Förderprogramm die Möglichkeit, dringend benötigte Fachkräfte zu gewinnen und die Qualität in den Kindertagesstätten und im Hort zu sichern.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Dr. Martina van den Hövel-Hanemann

Patrick Hartmann Fraktionsvorsitzender SPD	Boris Mijatovic Fraktionsvorsitzender B90/Grüne	Andreas Ernst Stadtverordneter

26. November 2019

Stadtverordneter Andreas Ernst

Vorlage Nr. 101.18.1546

Jugendberufsagentur

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten - mit Bezugnahme auf die vorhandenen Angebote zur Berufsorientierung für unter 25-jährige – ein Konzept zu erarbeiten für eine rechtskreisübergreifende Kooperation zur beruflichen Orientierung, Bildungsberatung, Vermittlung und Förderung. Ziel ist es, bestehende Angebote zu koordinieren und Beratung, Berufsorientierung, Vermittlung und Förderung möglichst aus einer Hand zu ermöglichen.

Die Ergebnisse sind im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung vorzustellen.

Begründung:
Eine wachsende Wirtschaft braucht vor allem fachlich qualifiziertes Personal. Dem Fachkräftemangel wollen wir mit einem Konzept entgegentreten, das vorhandene Strukturen unter einem Dach zusammenführt. Im Ausschuss „Schule-Jugend-Bildung“ wurden bestehende Angebote für unter 25-jährige bereits vorgestellt. Die hier deutlich gewordene Vielfalt der Angebote soll gebündelt werden und eine gezielte Beratung und Förderung junger Menschen erreicht werden.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Anke Bergmann

Patrick Hartmann
Fraktionsvorsitzender SPD

Boris Mijatovic
Fraktionsvorsitzender B90/Grüne

Andreas Ernst
Stadtverordneter

Stadtverordnetenversammlung
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst

Vorlage Nr. 101.18.1554

2. Dezember 2019

Konzepte zur "Digitalen Bildung"

Gemeinsamer Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Wir bitten den Magistrat, eine Zusammenfassung der von den Schulen erarbeiteten **Konzepte zur „Digitalen Bildung“** vorzustellen und bei der Darstellung auf folgende Aspekte einzugehen:

- Welche Schwerpunkte werden in den einzelnen Schulformen gesetzt?
- Welche **Maßnahmen** sind in den jeweiligen Konzepten für die **Umsetzung der pädagogischen Unterstützung** eingeplant? Welche Summe, bezogen auf das Gesamtvolumen, ist dafür eingeplant?
- Welche **Maßnahmen** sind in den jeweiligen Konzepten für die **technische Umsetzung** eingeplant? Welche Summe, bezogen auf das Gesamtvolumen, ist dafür eingeplant?
- Auf welche Unterstützung bzw. Infrastruktur können die Schulen zurückgreifen? In welchem Umfang ist das Medienzentrum einbezogen?

Begründung:

Schülerinnen und Schüler benötigen Kompetenzen, die sie befähigen, an der digitalisierten Welt erfolgreich teilhaben zu können. Die Hessische Landesregierung geht deshalb eigene Wege, um digital gestütztes Lehren und Lernen an den hessischen Schulen weiter zu verbessern und Kinder und Jugendliche fit für die digitale Zukunft zu machen: Aufbauend auf der Vereinbarung zwischen Bund und Ländern hat das Land Hessen das Programm „Digitale Schule Hessen“ entwickelt, um junge Menschen in der digitalen Gesellschaft weiter zu fördern.
Gemeinsam stocken die Schulträger und das Land die DigitalPakt-Bundesmittel in Höhe von 372 Millionen Euro über die Laufzeit von fünf Jahren auf eine Summe von knapp 500 Millionen Euro auf. Das Programm besteht aus vier Bausteinen und umfasst Maßnahmen zur pädagogischen Unterstützung der Schulen, zur verantwortungsvollen Mediennutzung von Schülerinnen und Schülern, zu Lehrerfortbildungen und zur technischen Ausstattung und IT-Infrastruktur der Schulen.
Die konkrete Umsetzung an Kasseler Schulen soll erläutert werden.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Dr. Martina van den Hövel-Hanemann

Patrick Hartmann Fraktionsvorsitzender SPD	Boris Mijatovic Fraktionsvorsitzender B90/Grüne	Andreas Ernst Stadtverordneter